

der AfD und Freie Bürger-Fraktion in der SVV Teltow

Antrag zur Professionalisierung und klaren Haushaltsführung abgelehnt – die Stadtverordneten-Mehrheit blockiert verbindliche Neutralitäts- und Transparenzregeln für die Lokale Agenda 21

Teltow, 14. Oktober 2026

In der Stadtverordnetenversammlung Teltow stand der Antrag der Fraktion AfD / Freie Bürger (*Drucksache DS-116/2026*) zur Abstimmung, der verbindliche Leitplanken für die unter dem Dach der „Lokalen Agenda 21“ agierenden Arbeitsgruppen schaffen sollte. Kernforderungen der Initiative waren

- eine feste administrative Verankerung in der Stadtverwaltung,
- klare Kriterien für die Mittelvergabe (Arbeitspläne, Mittelverwendungsnachweise und Tätigkeitsberichte ab 2027) sowie
- ein formelles Gebot der parteipolitischen Neutralität und Überparteilichkeit.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag mit 16 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen ab. Die Stadtverwaltung begründete ihre ablehnende Haltung im Vorfeld damit, dass sich die Struktur der Lokalen Agenda 21 derzeit ohnehin in einer verwaltungsinternen Überarbeitung befinde.

Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Ellen Behnke:

„Dass eine breite Mehrheit unseres Stadtparlaments grundlegende Standards der Haushaltsdisziplin und der politischen Neutralität ablehnt, ist für die Bürger Teltows ein denkbar schlechtes Signal. Unser Antrag zielte nicht darauf ab, das ehrenamtliche Engagement zu beschneiden – im Gegenteil: Klare Regeln schaffen Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Der Verweis der Verwaltung, das Thema sei bereits ‚in Überarbeitung‘, greift zu kurz. Ein bloßes Vertrösten auf unbestimmte Verwaltungsabläufe ersetzt keinen verbindlichen Beschluss der gewählten Stadtverordneten. Wenn aus dem städtischen Haushalt Steuermittel an Arbeitsgruppen fließen, müssen dieselben Maßstäbe an Transparenz, Verwendungsnachweise und strikte parteipolitische Neutralität gelten wie in jedem anderen Bereich städtischer Förderung auch. Das gilt umso mehr dort, wo unter dem städtischen Dach politische Bildung betrieben wird.“

Hintergrund der Initiative war die vorangegangene Anfragenbeantwortung AF-062/2026 der Verwaltung. Diese hatte offengelegt, dass von ursprünglich 13 gelisteten Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 aktuell nur noch vier existieren, wobei die administrative Dokumentation über deren Gründung, Auflösung und Zielvorgaben über Jahre hinweg unvollständig geblieben war.

Zugleich zeigt sich gerade bei Arbeitsgruppen mit politisch-gesellschaftlichem Betätigungsfeld, die offiziell unter dem städtischen Dach geführt werden und Haushaltsmittel erhalten, die dringende Notwendigkeit einer klaren Trennlinie: Öffentliche Ressourcen und das Ansehen der Stadt Teltow dürfen nicht zur Plattform für einseitige politische Einflussnahme oder Ausgrenzungsrhetorik gegen demokratisch legitimierte Mitbewerber verkommen.

Die Fraktion AfD / Freie Bürger wird den von der Verwaltung angekündigten Überarbeitungsprozess der Lokalen Agenda 21 weiterhin engmaschig und kritisch begleiten. Wir werden darauf drängen, dass die künftigen Regelungen den berechtigten Anspruch der Steuerzahler auf Neutralität, Sachbezug und nachprüfbare Sparsamkeit vollumfänglich erfüllen.

Für Rückfragen: Ellen Behnke (e.behnke-svv@teltow.eu - www.afd-tks.de)
Stadtverwaltung, z.H. Fraktion AfD und Freie Bürger, Marktplatz 1-3, 14513 Teltow